



Große Koalition packt Probleme des Landes an

Die Große Koalition hält an ihrem Programm zur Lösung der drängenden Probleme in Deutschland fest. Auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode gehen wir die großen Herausforderungen in unserem Land an.

Mit ihren Vorschlägen zur Bahnreform hat sich die SPD einen entscheidenden Schritt auf uns zu bewegt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zum Ziel einer Teil-

privatisierung der Bahn, um dieses wichtige Verkehrssystem dem Wettbewerb zu öffnen. Das sorgt für internationale Konkurrenzfähigkeit und Verbesserungen zugunsten der Kunden. Deshalb ist die von der SPD vorgeschlagene Privatisierung von lediglich 24,9 Prozent von Fahrbetrieb und Logistik ein erster Schritt. Diesen ersten Schritt aber wollen wir gemeinsam noch in dieser Legislaturperiode gehen.

Mit aller Entschlossenheit halten wir auch am Ziel der Haushaltskonsolidierung fest. Um sicherzustellen, dass der Staat auch künftig noch handlungsfähig ist, müssen wir die Neuverschuldung des Bundes weiter senken. Spätestens 2011 wollen wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt diesen im Koalitionsvertrag festgelegten Konsolidierungskurs.

Lichtblick für Menschen in Bangladesh dank Lichtbrücke Engelskirchen

„Ich spürte die Begeisterung der Menschen, die hier eine Chance bekommen. Das war ein absoluter Höhepunkt“, berichtet Klaus-Peter Flosbach von einem Besuch bei einem Partner-Projekt des Engelskirchener Vereins Lichtbrücke in Bangladesh.

Armutsbekämpfung, Demokratisierung, Menschenrechte und Neuwahlen standen im Mittelpunkt der Delegationsreise von fünf Bundestagsabgeordneten, die im März 2008 nach Bangladesh flogen. Oberbergs Bundestagsabgeordneter Flosbach gehörte als Fachpolitiker für das Thema Mikrofinanzierung zur Delegation. Gesprächspartner waren die Spitzen der Übergangsregierung sowie Vertreter verschiedener Nichtregierungsorganisationen und zahlreicher Projekte, die von Deutschland aus gefördert wurden. Da Flosbach seit Jahren dem Verein Lichtbrücke in Engelskirchen verbunden ist, war für ihn klar: „Ich muss die Reise nutzen, um einen Abstecher zum Lichtbrücken- Partnerprojekt

ADAMS in Khulna zu machen.“ Um der Einladung in die Millionenstadt Khulna zu folgen, trennte sich Flosbach von der Bundestagsdelegation und fuhr an einem Freitagabend in Eigenregie zu dem neuen Ausbildungszentrum. „Ich hatte dort eine Hand voll Gesprächspart-

ner erwartet, die mir das Ausbildungszentrum zeigen“, schildert Flosbach, „tatsächlich empfingen mich 500 Menschen. Das war überwältigend.“ Rund 200 Jugendliche, die eine Ausbildung machten und 300 Frauen, die Mikrokredite erhalten hatten, seien dort gewesen. Das Bildungszentrum war erst

im Februar von Mathilde von Lüninck-Knipp, Friedel Knipp und Jens Peter Morgner von der Lichtbrücke Engelskirchen eröffnet worden. In zwölf Ausbildungsberufen bekommen Jugendliche die Möglichkeit, sich mit einer eigenen Tätigkeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. „Bildung ist der Schlüssel, um aus dem Elend herauszukommen. In Bangladesh sind immer noch 60% Analphabeten und die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch“, berichtet Flosbach. Das Projekt sei Teil eines Gesamtkonzeptes, dessen oberstes Ziel die Armutsbekämpfung ist. „Es geht in Bangladesh immer noch um die Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben wie sauberes Wasser und ausreichend Essen“, verdeutlicht Flosbach. Das müsse man sich in einem hochentwickelten Land wie Deutschland immer wieder klar machen. „Wenn man sieht, wie die Hilfe vor Ort wirkt, ist das ein großer Motivationsschub für weiteres Engagement“, so der Politiker.





Die Woche im Parlament

In zweiter und dritter Lesung haben wir in dieser Woche das Gesetz verabschiedet, mit dem Deutschland den **Vertrag von Lissabon** ratifizieren wird. Der neue **EU-Vertrag** macht die Europäische Union demokratischer, transparenter und handlungsfähiger. Er führt zu einer besseren Kompetenzabgrenzung zwischen den Zuständigkeiten auf europäischer und nationaler Ebene. Zudem verbessert er die Einflussmöglichkeiten der nationalen Parlamente in der europäischen Rechtsetzung. Die stärkeren Rechte des Deutschen Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union wurden in einem sogenannten „Begleitgesetz“ geregelt. Damit wird insbesondere die im Vertrag von Lissabon verankerte Subsidiaritätsklagemöglichkeit für nationale Parlamente in innerstaatliches Recht umgesetzt. Diese Klage kann auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Deutschen Bundestages erhoben werden. Mit der Subsidiaritätsrüge können die nationalen europäischen Parlamente zukünftig frühzeitig eine Rechtfertigung über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips seitens der Europäischen Kommission erzwingen. Zudem haben wir eine für die Umsetzung erforderliche Grundgesetzänderung der Art. 23, 45 und 93 GG verabschiedet.

In zweiter und dritter Lesung ist das **Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls** verabschiedet worden. Zum Schutz gefährdeter Kinder ist folgendes vorgesehen:

- die frühzeitige Einschaltung der Familiengerichte in den Hilfsprozess,
- die verbesserte Ausschöpfung des Handlungspotenzials der Familiengerichte,
- die stärkere Verpflichtung der Eltern zur Kooperation mit örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und die Pflicht zur Annahme notwendiger Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

In zweiter und dritter Lesung berieten wir das **Gesetz zur Neuregelung des Wohngeldrechts** und zur Änderung anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften. Mit der Neufassung des Wohngeldgesetzes soll u. a. eine Minderung des Verwaltungsaufwandes im Vollzug, eine Vereinfachung an den Schnittstellen mit den Transferleistungsgesetzen, eine noch sparsamere Verwendung der Wohngeldmittel und insgesamt eine bessere Verständlichkeit der Normen für Bürger und Verwaltung erreicht werden. Vorgesehen ist zudem eine Erhöhung der Höchstbeträge für Miete und Belastung um 10 Prozent, die Einführung einer Heizkostenkomponente und die Erhöhung der Tabellenwerte um 8 Prozent. Die Leistungsanpassung hat ein Volumen von jährlich 520 Millionen Euro, die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der **SPD** **Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit weltweit durchsetzen** und der Internet-Zensur entgegentreten fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf bi- und multilateraler Ebene für die Wahrung der Meinungs- und Pressefreiheit in allen Staaten der Welt einzusetzen. Der Antrag zeigt Beispiele weltweiter Verstöße, insbesondere der Internet-Zensur, gegen die Pressefreiheit auf.

KONTAKT

Klaus-Peter Flosbach MdB
Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: (030) 227-71 401
Fax : (030) 227-76 301
Mail: klaus-peter.flosbach@bundestag.de